

Gegen geballte

Moritz Leuenberger, der neue Bundespräsident, ist für den jährlichen Wechsel an der Spitze der Landesregierung.

«Brückenbauer»: Herr Bundespräsident, Sie sind unter die Bestsellerautoren gegangen. Ihr eben veröffentlichtes Buch ist in der Hitliste der Bücher. Wie ist der Titel «Träume und Traktanden» zu verstehen?

Moritz Leuenberger: Er bringt die zwei wichtigsten Elemente meiner Arbeit zum Ausdruck. Einerseits leiste ich Tagespolitik mit detaillierten Problemfeldern, wie Posttarifen, Fluglärmbelastungsgrenzwerten oder Abfahrtszeiten von Zügen. Andererseits will ich mir als Regierungsmitglied überlegen, wo diese Gesellschaft langfristig hingehen und wie das Land in Zukunft aussehen soll. Dazu braucht es nicht nur die Abhandlung von Traktanden, sondern auch die Kraft zum Träumen.

Versuchen Sie denn Träume in Traktanden umzuwandeln?

Durchaus. Das Visionäre und Weit-sichtige soll die Tagespolitik beeinflussen. Zum Beispiel muss die Vision einer nachhaltigen Klimapolitik die tägliche Verkehrspolitik prägen. Ich habe es an internationalen Konferenzen oft erlebt: Umweltminister halten im Namen künftiger Generationen die wunderschönsten Sonntagspredigten, während am anderen Tag die Verkehrsminister, wenn es um die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene geht, das pure Gegenteil machen – und das, obwohl beide der gleichen Regierung angehören.

Von welcher Gesellschaft träumen Sie denn?

Wir alle haben den Traum einer friedlichen, solidarischen Gesellschaft, in der sich die Menschen frei bewegen können. Dieser Traum wurde schon in der Bergpredigt skizziert: Liebe deine Feinde. Auf die Politik übertragen bedeutet dies, dass auch der erbitterteste politische Gegner einen Kern von Wahrheit auf seiner Seite hat.

Und welches sind Ihre Träume fürs nächste Jahr?

Das gemeinsame Bemühen aller Nationen um Frieden ist einer davon. Ein kleiner Schritt auf dem Weg zu einer Welt ohne Krieg ist das Mitwirken der Schweiz in der Uno. Die Vorbereitung des Uno-Abstimmungskampfes ist ein wichtiges Element meiner Politik der nächsten Zeit.

Sie sind Bundespräsident für ein Jahr – welche Akzente wollen Sie setzen?

Meine Ziele sind dieselben, die auch Adolf Ogi vertreten hat – es sind die Ziele des Gesamtbundesrats. Es geht um eine kohärente Schweiz, die alle Minderheiten und Kulturen in diesem Land zu integrieren vermag. Auch die Menschen, die erst kürzlich in dieses Land gezogen sind. Wir wollen ein Land ohne allzu grosse soziale Unterschiede, ein Land, das den Wandel, in dem wir uns politisch, technologisch und wirtschaftlich befinden, ohne Angst angeht und sich politisch zu öffnen

vermag. Vielleicht bringe ich diese Ziele mit einem anderen kulturellen Hintergrund zum Ausdruck als mein Vorgänger, aber ich halte das nicht für eine Schwäche, sondern für eine Stärke unseres Systems: Dank dem rotierenden Präsidium können sich immer wieder andere kulturelle Gruppierungen in besonderem Mass mit der Staatsführung identifizieren.

Wäre es nicht besser, wenn der Schweizer Bundespräsident länger im Amt wäre, so wie das Adolf Ogi angeregt hat?

Nein. Wie ich bereits erwähnt habe, finde ich es gut, dass einerseits immer andere Gruppierungen sich mit dem Präsidenten identifizieren können, andererseits der Präsident stets wieder einen anderen Hintergrund hat. Dieses Rotationsprinzip entspricht einer langen Tradition, nicht nur beim Bund, sondern in allen unseren Kantonsregierungen und den Parlamenten. Es beruht auf der Grundüberzeugung, dass Macht sich nicht ballen soll, und ist ein wirksames Mittel gegen die Korruption der Macht.

Adolf Ogi riet Ihnen im Scherz, alle Wünsche der Medien zu erfüllen: Interviews, Homestorys, die Teilnahme an Sportevents. Werden Sie seinen Rat befolgen oder sich eher spröde zurückhalten?

Kommunikation gehört zu meinen wichtigsten Aufgaben. Als Bundespräsident werde ich noch mehr Öff-

fentlichkeitsarbeit leisten als sonst. Dabei geht es mir aber immer darum, Inhalte zu vermitteln. Nicht die Person des Bundespräsidenten ist das Thema. Ich werde auch als Bundespräsident den Medien nicht rund um die Uhr und schon gar nicht im Privatleben zur Verfügung stehen.

Obschon Sie Kommunikationsminister sind, gelten Sie nicht als grosser Kommunikator. Wie ist Ihr Verhältnis zu den Medien?

Die Medien sind eine anerkannte Gewalt in dieser Gesellschaft und ein wichtiger Partner für die Arbeit eines Bundesrates. Gerade im Präsidentschaftsjahr geben mir die Medien viele Möglichkeiten, Themen anzusprechen, die mir wichtig sind – Solidarität zum Beispiel.

Im letzten Jahr war Kandersteg der Nabel der Welt. Sie haben für Ihre Präsidentschaft Zürichs Schiffbauhalle gewählt, wo sich unter anderem die Kulturschickeria von Downtown Switzerland...

(unterbricht, energisch) – Wieso sagen Sie Schickeria? Das klingt sehr despektierlich! Die Schiffbauhalle ist ein grosses kulturelles Zentrum für sämtliche Schichten. Sowohl für traditionelle Theaterbesucher als auch für eine neue, junge Generation, die den Zugang zur Kultur in diesen modernen Hallen findet. Sie ist das Zentrum eines kulturellen Um- und Aufbruchs in einem Quartier, das einst die Industrie beherbergt hat. Diese Industrie ist

MACHT

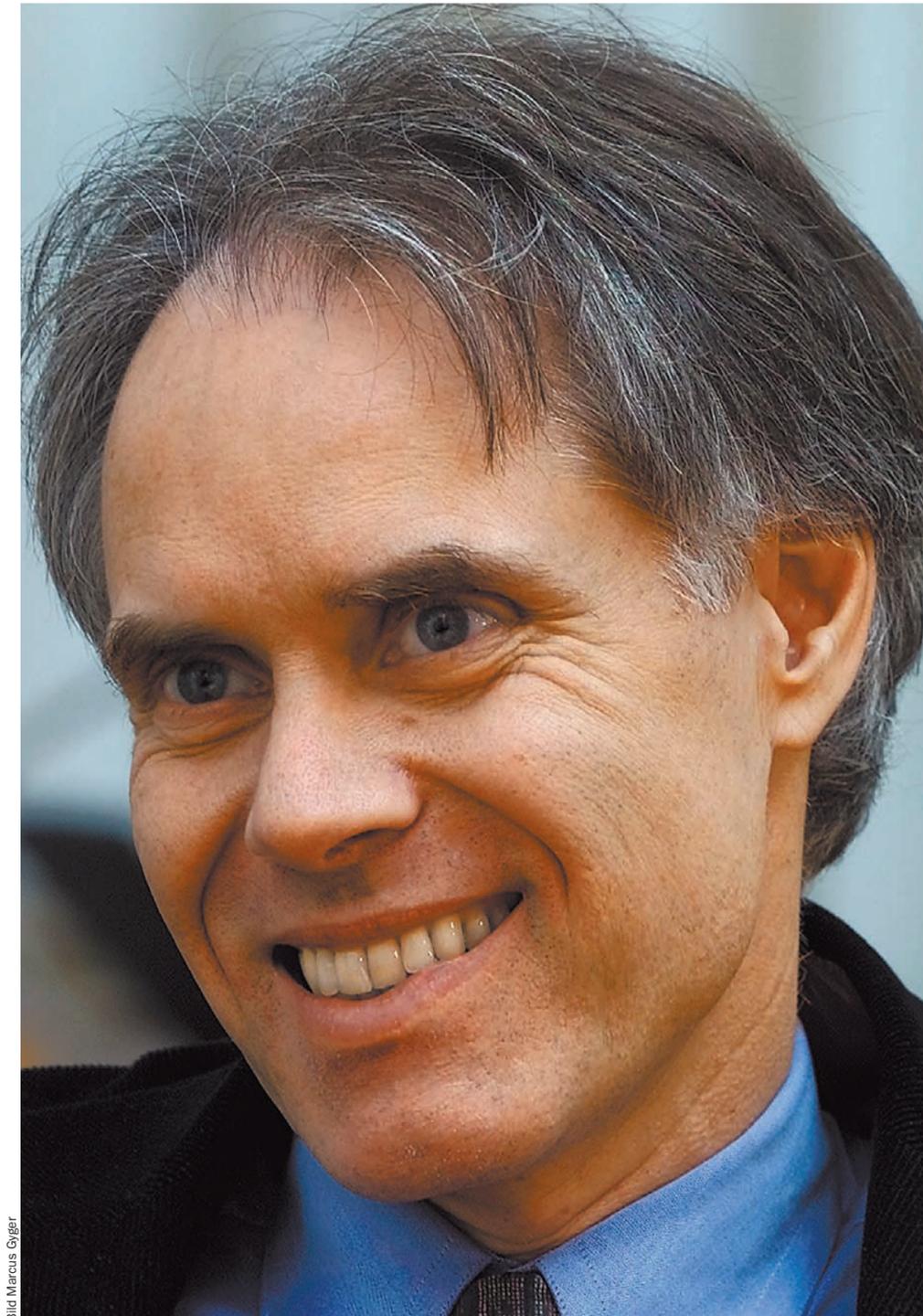


Bild: Marcus Gyger

abgewandert. Die Kultur bringt diese Gegend wieder zum Blühen.

Jetzt haben wir schon fast Angst bekommen wegen Ihrer heftigen Reaktion.

(schmunzelnd) Es ist auch gut, dass Sie noch ein wenig Respekt haben!

Mit der Frage wollten wir herausfinden, wen Sie eigentlich vertreten. Es sind doch sicher nicht die gleichen Leute, die der Berner Oberländer Adolf Ogi vertreten hat?

Es stimmt, ich habe einen anderen kulturellen Hintergrund. Jeder, der politisch tätig ist, braucht eine politische Heimat als Rückhalt für seine Arbeit. Und meine politische Heimat ist nun einmal nicht Kandersteg, sondern ein urbanes, kulturelles Umfeld. Aber es wäre ganz falsch zu sagen, ich vertrete nur diese Schicht. Ich werde selbstverständlich zu allen Kreisen dieses Landes gehen. Das ist meine Aufgabe und meine Überzeugung.

Sie liessen einmal durchblicken, es sei nicht richtig, die Alpenbewohner mit der Alpeninitiative zu schützen. Man sollte besser die Menschen in den Agglomerationen schützen.

Das habe ich so nicht gesagt. Es ist einfach nicht einzusehen, weshalb eine Gruppe von Menschen mehr als andere geschützt werden soll. Ich bin der Meinung, dass alle Leute genau gleich vor den negativen Auswirkungen der Mobilität zu schützen sind. Niemand soll für sich eine bessere Behandlung fordern als für andere.

Noch zum Thema Heimat, das ja auch in diesen Fragen steckt: ►

«Ich stehe den MEDIEN nicht rund um die Uhr zur Verfügung.»

► **Der Schriftsteller Paul Nizon sagte, die Schweiz sei zu eng für kritische Geister, man müsse sie verlassen...**

Das Wegziehen ist ein individuelles Privileg, das in Anspruch zu nehmen elitär wirken kann. Meine Aufgabe ist es, daran zu arbeiten, dass wir eine Schweiz haben, die allen, die sie bewohnen, eine Heimat bietet. Ich möchte vermeiden, dass jemand auswandern muss, weil er die Schweiz nicht mehr als Heimat akzeptiert. Wohlverstanden: Ich sage nicht, dass niemand die Welt kennen lernen soll, im Gegenteil. Aber wir haben diesen Staat so zu gestalten, dass er Geborgenheit und Wärme, aber auch Freiräume und Experimentierfelder bietet, so dass alle sich hier zu Hause fühlen können. Es gab eine Zeit, in der sich gerade Kulturschaffende hier nicht zu Hause fühlen konnten, weil sie nicht ernst genommen wurden. Viele von ihnen wurden gar verachtet, weil ihre Kritik an der Schweiz nicht als das verstanden wurde, was sie ist: nämlich ein Ausdruck der Liebe zu diesem Land.

Sie argumentieren meist intellektuell. Andere Politiker versuchen die Volksseele zu treffen.

Was heisst Volksseele? Es gibt sie nicht. Von der in Umfragen ergründeten, so genannten Volksseele und einer raffinierten, durch PR-Firmen erarbeiteten Kommunikation halte ich gar nichts. Das ist mir zu opportunistisch und führt nur dazu, dass man der Mehrheit nach dem Munde redet. Es geht mir um meine eigene Überzeugung, die ich nach meinem Gewissen bilde und für die ich einstehe. Wer sich ehrlich für seine Meinung einsetzt, wird in diesem Land respektiert – auch von politisch anders Denkenden.

Es gibt aber Parteien, die die so genannte Volksseele besser spüren als die SP.

(heftig) Nochmals: Was ist denn die Volksseele. Das so genannte Volk besteht aus Menschen, und da hat jeder Einzelne eine Seele.

Mit dem Begriff Volksseele dachten wir speziell an die unterprivilegierten Menschen in diesem Land.

Eine gewagte Definition. Der Aus-



Angeregte Debatte: Bundespräsident Moritz Leuenberger im Gespräch mit den «Brückenbauer»-Redaktoren Christian Waefler (links) und Beat A. Stephan.

Bild Marcus Gyger

druck Volksseele suggeriert, dass es um die Gesamtheit der Einwohnerschaft eines Landes gehe und dass diese eine gemeinsame Seele hätten. Keine Partei hat die Kompetenz, für das gesamte Schweizer Volk zu sprechen. Es ist überheblich, wenn eine Partei glaubt, im Namen des «Volkes» sprechen zu können. Wer gehört denn eigentlich zum «Volk» und wer nicht?

Die SVP vereinnahmt die Klientel der SP zunehmend. Wieso erreichen die Sozialdemokraten die weniger Privilegierten nicht mehr?

Es gibt keine klar definierte Klientel der Sozialdemokraten. Das Arbeiten an einer gerechten Gesellschaft verlangt zuweilen komplexe Lösungen, mit einer Stimmenmehrheit in einem Arbeiterquartier ist es nicht getan. Dazu kommt das Problem des Pendels der Macht: Die SP ist vor 20 Jahren aus der Opposition aufgebrochen, heute sitzt sie in vielen Exekutiven. Die Proteststimmen gehen an die Opposition. Auf diesem Klavier hat die SVP gut gespielt. Mit einer gerechten, solidarischen Politik, wie ich sie verstehe, hat das aber gar nichts zu tun.

Sie wohnen gediegen, lieben cooles Design, haben einen erlesenen Geschmack: Ist Ihr Lebensstil und der vieler Sozialdemokraten nicht so chic,

dass Sie die Probleme der Unterprivilegierten gar nicht mehr spüren?

Ich halte von Betroffenheitspolitik sehr wenig. Ich bestreite, dass nur Frauen eine Frauenförderungs politik machen können, nur Arbeiter eine arbeiterfreundliche. Ich bestreite, dass nur, wer am Fliessband arbeitet, einen arbeiterfreundlichen Kündigungsschutz ausarbeiten kann oder dass nur Mieter ein mieterfreundliches Mietrecht ausarbeiten können. Betroffenheitspolitik ist oft auch sehr egoistische Politik.

Sie selbst scheinen ja ein typisches Beispiel für diese Theorie zu sein...

Das stimmt. Meine Politik und mein persönlicher Stil waren immer offen. Ich war Mieterverbandspräsident, ohne selbst Mieter zu sein, und wurde trotzdem als Vertreter der Mieterinnen und Mieter anerkannt. Ich war am Arbeitsrecht

massgeblich beteiligt und als Vertreter der Arbeitnehmerschaft anerkannt, obwohl ich selbständig war. Es geht darum, die eigene Überzeugung und Kompetenz zu Gunsten der Benachteiligten einzubringen. Dass man dazu notwendigerweise selber benachteiligt sein müsste, ist historisch gesehen keineswegs zwingend. In aller Regel sind soziale Bewegungen zu Gunsten von Unterprivilegierten nicht von den Betroffenen selbst lanciert worden.

INTERVIEW CHRISTIAN WAEFLER UND BEAT A. STEPHAN

Was sagt Bundespräsident Moritz Leuenberger zur Atommüll-Problematik? Wie denkt er über die mögliche Schliessung von Poststellen? Und wie steht er zur Volksinitiative «Ja zu Europa»? Die Meinung von Moritz Leuenberger zu politischen Knacknüssen lesen Sie unter



www.brueckenbauer.ch

UNSER BUNDESPRÄSIDENT

Der Rechtsanwalt Moritz Leuenberger, 54, sass 16 Jahre für die SP im Nationalrat, wo er sich als Präsident der Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK 1 Lorbeeren holte. Bevor er 1995 Bundesrat wurde, war er vier Jahre Zürcher Regierungsrat. Der Stadtzürcher steht dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vor. Von ihm erschien kürzlich das Buch «Träume & Traktanden», Limmat Verlag, Fr. 26.80.

«Die **VOLKSSEELE** gibt es nicht.»